



Die Republik Moldau

Zerrissenes Land zwischen Europäischer und Eurasischer Union

Von David X. Noack

Das Sheriff-Stadion der gleichnamigen transnistrischen Oligarchengruppe. Bild: David X. Noack

Inhalt

- Ökonomische Vorgeschichte und heutige Lage
- Die Schaukelpolitik der Kommunistischen Partei Moldaus
- EU-Assoziierung – gegen alle Widerstände
- Belarus als Sprungbrett zur Eurasischen Union?
- Pulverfässer: Bălți, Gagausien und Taraclija
- Die jüngsten Entwicklungen in der Transnistrien-Frage
- Der Einfluss der Ukraine-Krise auf Transnistrien
- Chişinău zwischen Kooperation und Konfrontation mit Moskau
- Die Moldauischen Parlamentswahlen 2014
- Oder doch Spaltung?

Nachdem die reibungslose EU-Assoziierung der Ukraine im November 2013 gescheitert war, verblieben als einzige Signatarstaaten der Assoziierungsverträge mit der Europäischen Union in Osteuropa Georgien und Moldau. Während in Georgien, welches die Kontrolle über seine beiden abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien bereits vollständig verloren hat, die Widerstände gering waren, bleibt die Republik Moldau im Fokus der internationalen Diplomatie. Eine Pro-EU-Koalition mit hauchdünner parlamentarischer Mehrheit hat mit einer der EU-Assoziierung abgeneigten Opposition sowie verschiedenen pro-eurasischen sowie autonomistischen und separatistischen Bewegungen im Norden, Osten und Süden des Landes zu kämpfen. All dies auch noch in einem der ärmsten Länder des europäischen Kontinents. Eine Eskalation der verschiedenen Konflikte im Land ist und bleibt weiterhin nicht ausgeschlossen. Am 30. November 2014 wählen die moldauischen Bürger ein neues Parlament. Experten aus den USA befürchten eine angespannte Lage vor den Parlamentswahlen und Provokationen aus dem Ausland, welche einen Regierungswechsel in Chişinău vorbereiten sollen.¹ Laut aktuellen Umfragen hat die bisherige Regierungskoalition, die eine Annäherung an EU und NATO forciert, keine Aussicht auf eine Mehrheit im Parlament. Für die außenpolitische Orientierung des Landes in der Zukunft wird die Haltung der Kommunistischen Partei der Republik Moldau (PCRM) entscheidend sein. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben die Kommunisten jedoch einige außenpolitische Salti geschlagen.

Ökonomische Vorgeschichte und heutige Lage

In den 1990er Jahren forcierten die moldauischen Regierungen einen neoliberalen Sparkurs für ihr Land nach IWF-Vorgaben. Laut „Reformindizes“ des Weltwährungsfonds setzten die Politiker in Chişinău wirtschaftsliberalere Maßnahmen durch als beispielsweise die in Russland, der Ukraine, in Rumänien oder in Bulgarien.² Die Folgen für die Wirtschaft des Landes waren selbst laut den Angaben des IWF katastrophal: Allein in den Jahren 1992 und 1994 sackte das Bruttoinlandsprodukt des Landes jeweils um circa 30 % ab.³ Im Jahr 1997 betrug das BIP Moldaus dann auch nur noch circa 44 % des Wertes von 1990.⁴ Die neoliberale Schocktherapie sowie ein kurzer Bürgerkrieg um die abtrünnige Region Transnistrien trieben das Land in den wirtschaftlichen Abgrund.

Anders verlief die Entwicklung im nach dem Bürgerkrieg 1992 abgespaltenen Osten des Landes. Transnistrien war und ist das ökonomische „Power House“ der früheren moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR). Mit den industriellen Zentren der ehemaligen MSSR, preiswertem Gas aus Russland und einer teilweisen Eingliederung in das russische Rentensystem konnte sich die Region ökonomisch gut entwickeln. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Transnistrien ist höher als das in den Gebieten unter Kontrolle der moldauischen Zentralregierung.⁵ Der Telekomkonzern *Interdnestrom* ist sogar einer der zehn größten Telefonanbieter in der Ukraine. Der Moldau-Experte Georgiy Bjanow schätzt, dass die transnistrische Oligarchengruppe um den Konzern *Sheriff* im Falle einer Wiedervereinigung mit Kern-Moldau alle moldauischen Oligarchen übertrumpfen und die politisch mit diesem Konzern verbandelte Partei ‚Obnovleniye‘ (Erneuerung) die Regierung Gesamt moldaus übernehmen könnte.⁶ Ein früherer moldauischer Parlamentsabgeordneter ist wiederum der Überzeugung, dass im Falle einer Wiedervereinigung der *Sheriff*-Konzern sich eine Mehrheit im moldauischen Parlament kaufen würde.⁷ Sollte das stimmen, wäre die Motivation der politischen Führung in Chişinău sowie der mit ihnen verbundenen Geschäftsgruppen – allen Bekundungen zum Trotz – gering, eine Lösung für die Transnistrien-Frage zu finden.

Die Schaukelpolitik der Kommunistischen Partei Moldaus

Als mit Wladimir Woronin im Jahr 2001 zum ersten Mal ein Mann mit kommunistischem Parteibuch zum moldauischen Staatsoberhaupt gewählt wurde, waren die Ängste in Westeuropa groß. Woronins außenpolitisches Programm erschien zu diesem Zeitpunkt zunächst offen pro-russisch.⁸ Die Annäherung an Moskau brachte auch konkrete Ergebnisse: Das Kozak-Memorandum von 2003 brachte zum ersten Mal eine moldauisch-transnistrische Lösung zum Greifen nahe. Doch die Intervention des US-Botschafters in Chişinău bei Woronin persönlich verhinderte die Lösung unter Vermittlung Russlands.⁹ Russland, Kasachstan, Belarus und die Ukraine lehnten aufgrund dieses destruktiven Verhaltens Woronins einen Beitritt Moldaus zum damals geplanten Gemeinsamen Wirtschaftsraum ab.¹⁰ In die Enge getrieben vollzog Woronin Ende 2003 bis Anfang 2004 eine außenpolitische Kehrtwende und forcierte fortan einen möglichen EU-Beitritt. Gleichzeitig lehnte er aber eine NATO-Mitgliedschaft offen ab.

Die westlichen Staaten ließen den Weg der „pro-europäischen Ausrichtung“ zementieren, indem im Umfeld der moldauischen Parlamentswahlen aus den USA mit einem „orangenen Szenario“ (nach dem Vorbild der Ukraine wenige Monate zuvor) gedroht



wurde.¹¹ Woronin hielt sich an die Vorgaben aus Washington und Brüssel und nahm Kurs auf die EU – vorerst zu mindestens. In den Jahren 2007 und 2008 modifizierte er seine Außenpolitik erneut und zeigte sich Russland gegenüber wieder etwas offener. Folgerichtig kam es nach dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei bei den Parlamentswahlen 2009 dann tatsächlich zu einem „orangenen Szenario“. Selbst US-amerikanische Hardliner zeigten sich damals offen überzeugt, dass die Kommunisten den Urnengang gewonnen hatten.¹² Demonstranten stürmten nichtsdestotrotz das Parlament sowie den Präsidentensitz und hissten die rumänische Flagge.¹³ Bereits seit Gründung der moldauischen Nationalbewegung plädierte ein Teil der Intelligenz des Landes für die Vereinigung mit Rumänien¹⁴, was heute den schnellsten Weg eines Beitritts zu EU und NATO bedeuten würde.

Der damalige moldauische Präsident warf Rumänien eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes vor.¹⁵ Der rumänische Botschafter sowie mehrere Journalisten aus dem Nachbarland wurden ausgewiesen. Darüber hinaus führte die PCR-M-Regierung die Visumpflicht für Bürger aus dem südlichen Nachbarland wieder ein. Der Putsch misslang zwar, jedoch ging das Land in eine politische Dauerkrise über. Innerhalb von 18 Monaten kam es zu drei Parlamentswahlen, da die Opposition stets die Volksvertretung blockierte. Erst im Januar 2011 konnte eine neue Regierung gebildet werden – die „Allianz für Europäische Integration“ unter Beteiligung von drei liberalen und konservativen Parteien. In der Opposition näherte sich die Kommunistische Partei wieder Russland an und lehnte beispielsweise die EU-Assoziierung ab.

Doch auch dieser Schwenk der PCR-M blieb nicht von Dauer. Zuletzt machten Gerüchte die Runde, PCR-M-Chef Wladimir Woronin stehe der EU-Assoziierung nicht mehr abgeneigt gegenüber. Um diesen erneuten Schwenk vorzubereiten, musste ein prominenter Linker der Partei gehen. Im Herbst 2014 wurde der

junge Abgeordnete Grigore Petrenko auf Betreiben des Dauervorsitzenden Woronin ausgeschlossen.¹⁶ Petrenko als international gut vernetzter linker Außenpolitiker konnte auf eine große Basis in der Kommunistischen Jugend setzen und wurde somit zur Gefahr für Woronin, der mittlerweile seit 20 Jahren die PCRМ anführt. Der Ausschluss Petrenkos und dessen Antritt für die Nichtregierungsorganisation ‚Rodina‘ (Russisch für Vaterland) stellt bereits die vierte größere Abspaltung von der PCRМ in den vergangenen 10 Jahren dar. Die Wählerbasis dieser Partei, die einst über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, schrumpft indessen immer weiter.

EU-Assoziierung – gegen alle Widerstände

Im Herbst 2013 hatte international für Aufmerksamkeit gesorgt, dass die sich seit demselben Jahr selbst so bezeichnende „Pro-Europäische Koalition“ (PEK) die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU forcieren wollte. Gleichzeitig versuchte die oppositionelle Kommunistische Partei Moldaus – gemeinsam mit der auch im Parlament vertretenen oppositionellen ‚Partei der Sozialisten der Republik Moldau‘ (PSRM) und christlich-orthodoxen Gruppierungen¹⁷ –, das Assoziierungsabkommen zu verhindern.¹⁸ Die Kommunisten und ihre Verbündeten blockierten dabei das Parlament, organisierten Aktionen des zivilen Ungehorsams und Demonstrationen.¹⁹ Doch aus dem „Moldauischen Roten Oktober“ wurde nichts und die Regierung des zerrütteten Landes unterzeichnete auf dem EU-Gipfel im litauischen Vilnius im November 2013 das Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Brüsseler Kommission erklärte daraufhin, dass Moldau die Anforderungen an einen Aktionsplan zur Visaliberalisierung erfüllt habe.

Belarus als Sprungbrett zur Eurasischen Union?

Mit der Eurasischen Union (EaU) wird die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) demnächst das am weitesten reichende ökonomische Integrationsformat seit dem Ende der Sowjetunion erleben. Als Vorläufer der Zollunion (ZU) aus der demnächst die Eurasische Union werden wird, trat im Jahr 2011 das GUS-Freihandelsabkommen in Kraft, welches neben der Ukraine auch Moldau mit einschließt.²⁰ Trotz ihrer Pro-EU- und teilweise sogar Pro-NATO-Ausrichtung stimmten auch die moldauische AEI-Regierungskoalition dem Abkommen zu.

Neben Russland wird die EaU auch Belarus umfassen, welches ein Zentrum der industrialisierten Gebiete der früheren Sowjetunion ist. Die von Russland gegen Moldau infolge der Pro-EU-Politik verhängten Sanktionen im Lebensmittelbereich führten bereits zu einem Anstieg des belarussisch-moldauischen Handels um 36 %. Bei einem Staatsbesuch des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko Ende September 2014 schlug dieser vor, dass Moldau und Belarus in den nächsten Jahren den Handel zwischen beiden Staaten verdreifachen könnten. Die derzeitige moldauische Regierung schien aber ausschließlich am belarussischen Absatzmarkt sowie Möglichkeiten zur Umgehung der russischen Sanktionen interessiert zu sein.²¹ Eine engere Verzahnung der belarussischen und der moldauischen Wirtschaft könnte ein Mittel sein, die Republik Moldau enger an die EaU heranzuführen.

Pulverfässer: Bălți, Gagausien und Taraclija

Die von der Zentralregierung in Chişinău verfolgte Annäherung an die Europäische Union führt zu einer verschärften innenpolitischen Konfrontation. Vor allem die ethnischen Minderheiten sowie die abtrünnige Republik Transnistrien lehnen die Assoziierung der Republik Moldau mit der EU ab. Die verschiedenen Hochburgen der ethnischen Minderheiten befinden sich im Norden, Osten und Süden des Landes.

Die nördliche Stadt Bălți ist multikulturell geprägt und gilt seit jeher als Hochburg der Ukrainer in der Republik. Die Ukrainer sind laut dem bisher letzten Zensus aus dem Jahr 2004 noch vor den Russen die größte ethnische Minderheit des Landes. Viele ethnische Ukrainer leben in der abtrünnigen Provinz Transnistrien. Ähnlich wie die anderen ethnischen Minderheiten im Land nutzen diese Russisch als Verkehrssprache. Im Schatten der Ukraine-Krise kursierten Meldungen, dass in der Stadt Bălți bewaffnete Gruppen aufgetaucht seien. Zwischenfälle gab es bisher keine.

Neben den Ukrainern im Norden ist die Lage im Süden Moldaus politisch am angespanntesten. Als Vertreter der ersten Territorialeinheit innerhalb der damaligen Moldauischen SSR erklärten die politischen Vertreter der südlichen Region Gagausien, die von einer turksprachigen und christlich-orthodoxen Minderheit bewohnt wird, im August 1990 ihre Souveränität.²² Im Gegensatz zu Transnistrien kam es in Gagausien nur zu kleineren Kämpfen und wenigen gewaltsamen Demonstrationen. Das gagausische Budschak-Bataillon, eine paramilitärische Einheit eines früheren KGB-Offiziers, führte jedoch keine Militäroperationen durch.²³ Trotzdem kann davon gesprochen werden, dass von 1991 bis 1994 Gagausien effektiv nicht unter Kontrolle der Zentralregierung von Moldau stand.²⁴ Nach einem politischen Kompromiss kehrte die Region Gagausien in den Staatsverband Moldaus zurück und erhielt dafür ein eigenes Regionalparlament sowie weitgehende Autonomierechte. Diese politische Lösung wurde durch ein Referendum von der Bevölkerung angenommen.

Nach anderthalb Jahrzehnten relativer Ruhe nahmen die Spannungen im von Gagausen Gagauz Yeri genannten Gebiet wieder zu. So erkannte das Autonomieparlament der Region die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens nach dem georgischen Waffengang gegen diese beiden abtrünnigen Republiken im Sommer 2008 an.²⁵ Im Frühjahr 2013 schlug der gagausische Gouverneur Mihail Formuzal vor, dass Russland und die Türkei als internationale Garanten für die Autonomie seiner Region dienen könnten. Als weiteres Land könnte sich zu einem späteren Zeitpunkt Aserbaidschan mit zu diesen Garantiemächten gesellen.²⁶ Solch eine international garantierte Autonomie existiert in Europa beispielsweise in der Südtirolfrage in Italien. In Moldau wurde sie jedoch nicht realisiert.

Im Juli 2013 erklärte Formuzal außerdem, dass im Falle einer Union Transnistriens mit Moldau auch Gagausien den Status einer separaten Republik in solch einem Staatsverband erhalten müsste.²⁷ Die gagausische Region ist eine der ärmsten des Landes und die nationalistischen moldauischen Politiker tragen ihre Ignoranz gegenüber den Gagausen stets offen zur Schau.²⁸

Im Jahr 2011 hatte der Gouverneur von Gagausien die ‚Partei der Regionen Moldaus‘ (PRM) gegründet und ist seitdem ihr Vorsitzender.²⁹ Die Gründung rein lokaler Parteien ist in Moldau verboten, deswegen hat die Partei einen gesamt-moldauischen Anspruch. Außerdem ist der Name eine klare Anspielung auf die bis Anfang 2014 größte ukrainische Partei (Partei der Regionen, PdR), der auch der aus dem Amt geputschte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch angehörte. Die PdR wandte sich in ihrem Land gegen einen ukrainischen Nationalismus und wurde unter anderem wegen dieser ausgleichenden Politik auch von vielen ethnischen Bulgaren, Ungarn, Russen, Ruthenen und Slowaken gewählt. Doch Höhenflüge wie sie die PdR in der Ukraine erlebt hatte, sind für die PRM in Moldau unrealistisch. Bei landesweiten Wahlen hat die vom gagausischen Gouverneur gegründete PRM geringe Chancen, in das Parlament einzuziehen. In Umfragen taucht die Partei meist nicht auf.

Den bisherigen Höhepunkt der politischen Konfrontation in und um Gagausien stellte eine Volksabstimmung im Februar 2014 dar. Bei einem von den Regionalbehörden Gagausiens organisierten



Die Botschaften Abchasiens und Südossetiens in Tirasopol. Bild: David X. Noack

Referendum sprach sich eine überwältigende Mehrheit von 98 Prozent gegen die EU-Assoziierung und für eine Annäherung an die Eurasische Union aus. Nach Angaben des gagausischen Wahlkomitees beteiligten sich über 70 % der circa 100.000 Wahlberechtigten an der Volksabstimmung. Im Falle eines Souveränitätsverlustes der Republik Moldau solle Gagausien aus dem Staatsverband austreten, ergab die Abstimmung außerdem. Die Zentralregierung erkannte das Votum nicht an³⁰, die deutsche Bundesregierung ebenso.³¹ Formuzal erklärte nach dem Referendum, dass Gagausien damit de facto schon die Unabhängigkeit erklärt habe.³²

Handlungsbedarf für die gagausischen Spitzenpolitiker ergab sich durch die von der AEI- bzw. PEK-Koalition in Chişinău forcierte Annäherung an die EU. Durch von der Europäischen Union geforderte Steuerreformen für die „tiefe Integration“ Moldaus in den EU-Binnenmarkt vermindern sich einerseits die Einnahmen der gagausischen Autonomieregion und dadurch erhöht sich im Gegenzug die Abhängigkeit von der Zentralregierung. Künftig müssen die Gagausier „die Hälfte der Mehrwertsteuereinnahmen an den Staatsetat“ abführen.³³ Der politische Kompromiss von vor 20 Jahren für Gagausien endet somit quasi mit der von Brüssel gewünschten Assoziierung Moldaus mit der EU.

Auch der Druck auf die südliche Region Gagausien hat im Zuge der Ukraine-Krise zugenommen. Der gagausische Başkan (Regierungschef) berichtete gegenüber der russischen Presse, dass in seinem Autonomiegebiet Waffenlager von Polizeiwachen geräumt worden seien.³⁴ Im Juli 2014 waren Gerüchte im Umlauf, dass Formuzal 10.000 Uniformen für eine angeblich geplante Miliz bestellt habe.³⁵ Gagausien könnte sich jederzeit zu einem zweiten Transnistrien entwickeln und die EU-Assoziierungspolitik spielte eine wesentliche Rolle, die Gagausen von der Zentralregierung zu entfremden.

Ein weiterer potenzieller moldauischer Unruheherd ist die südliche Provinz Taraclia. In dieser Region lebt die Hälfte der bulgarischen Minderheit in der Republik Moldau, die andere Hälfte

dieser Minorität verteilt sich größtenteils auf die umliegenden Bezirke. Das erste Mal für internationale Aufmerksamkeit sorgten die Bulgaren von Taraclia im Jahr 1999, als sie sich in einer Volksabstimmung gegen die Auflösung ihrer Provinz gewandt hatten.³⁶ Die Entscheidung des gesamt moldauischen Parlamentes, diese Provinz zu erhalten, erfolgte daraufhin entlang klarer parteipolitischer Linien: Die Kommunisten der PCRM und die als russlandfreundlich geltenden Zentristen stimmten damals dem Ansinnen der bessarabischen Bulgaren zu.³⁷ Bis zuletzt konnte die PCRM bei Urnengängen auf großen Rückhalt in Taraclia setzen.

Auch der Widerstand der Bessarabienbulgaren in Taraclia wächst. Im April 2013 votierte der Bezirksrat von Taraclia für die Schaffung einer Autonomie der bessarabischen Bulgaren in Moldau.³⁸ Vielleicht kann die im Süden Moldaus konzentrierte ethnische Minderheit in dieser Frage auch auf Unterstützung aus dem Ausland setzen: Im Frühjahr 2014 erklärte der russische Botschafter in der Republik Moldau, dass Russland in diesem Jahr Gagausien und Taraclia besondere Aufmerksamkeit schenken werde.³⁹ Forderungen aus Moskau, die Autonomie zu implementieren sind jedoch noch nicht zu vernehmen – bisher wenigstens.

Die jüngsten Entwicklungen in der Transnistrien-Frage

Die Parlamentswahlen 2011 in Transnistrien bedeuteten den Endpunkt einer Demokratisierungsphase des politischen Lebens in der nicht anerkannten Republik. Der bis dahin regierende Dauerpräsident Igor Smirnow schaffte es nicht, für eine fünfte Amtszeit wiedergewählt zu werden.⁴⁰ Russland spielte bei der Pluralisierung des Landes eine entscheidende Rolle.⁴¹ Obwohl Vertreter der russischen Regierungspartei ‚Einiges Russland‘ auf den Kandidaten der dem *Sheriff*-Konzern nahestehenden Erneuerungspartei, Anatoli Kaminski, gesetzt hatten, schaffte dieser es nicht, die Wahl für sich zu entscheiden. Präsident wurde Jewgeni Schewtschuk, der bis 2010 der *Sheriff*-nahen Partei ‚Erneuerung‘ angehört hatte, jedoch aus dieser vor den Wahlen austrat und als unabhängiger Kandidat angetreten war.

Im Jahr 2011 wurden außerdem die Gespräche zwischen den Regierungen in Chişinău und Tiraspol über eine politische Lösung des Konflikts wieder aufgenommen. Öffentlichkeitswirksam beharrten die transnistrischen Vertreter dabei darauf, dass es lediglich darum gehe, die Beziehungen zwischen beiden Seiten zu „normalisieren“.⁴² Trotz der Vereinigungsverhandlungen beschloss Schewtschuk in seinem ersten Amtsjahr, formell die Annäherung an die Zollunion (aus der nun die Eurasische Union hervorgeht) zum außenpolitischen Ziel.⁴³ Experten gehen jedoch davon aus, dass diese Positionierung Schewtschuks keine endgültige ist.⁴⁴

Im Falle einer zollrechtlichen Spaltung infolge der EU-Assoziierung Moldaus befürchteten Experten des Warschauer ‘Zentrums für Oststudien’ im Herbst 2012 bewaffnete Zusammenstöße in der seit dem Ende des Bürgerkrieges von einer gemeinsamen moldauisch-transnistrisch-russischen Friedensstreitmacht kontrollierten Sicherheitszone.⁴⁵ Zur Eskalation trug damals bei, dass zu dieser Zeit die russische Regierung die russischen Friedenstruppen mit schwereren Waffen ausrüstete und den transnistrischen KGB⁴⁶ mit einem hochrangigen Geheimdienstbeamten direkt unterstützte. Darüber hinaus bauten die russischen Truppen ihre militärische Infrastruktur in Transnistrien aus, ähnlich wie es 2008 vor der georgischen Aggression gegen die dortigen separatistischen Regionen Südossetien und Abchasien geschehen war.⁴⁷ Zusätzlich kamen Gerüchte auf, dass russische Raketensysteme in Transnistrien stationiert werden könnten.⁴⁸

Im Frühjahr 2013 baute Russland seinen formellen Einfluss in Transnistrien weiter aus, indem in der Hauptstadt Tiraspol eine

Außenstelle der Botschaft errichtet wurde, die de facto als Konsulat in dem nicht anerkannten Staat dient.⁴⁹ Bis dahin unterhielt lediglich Südossetien ein Konsulat in Transnistrien und Abchasien einen diplomatischen Repräsentanten. Auch militärisch ging der Ausbau der Beziehungen immer weiter und im November 2013 wurde bekannt, dass die russische Armee einen Flugplatz in Tiraspol fertiggestellt hat.⁵⁰ Bisher liefen die Nachschublieferungen Russlands immer über Land und diplomatische Vertreter reisten stets über den Flughafen von Chişinău ein.

Seit Sommer 2014 verschärft die PEK-Regierung ihre Haltung gegenüber Transnistrien. So wurden Gerichtsverfahren gegen den transnistrischen Premier, den Vorsitzenden des Obersten Gerichts Transnistriens sowie den Landwirtschaftsminister der abtrünnigen Region aufgenommen. Die moldauische Regierung verhängte auch Einreiseverbote für verschiedene Personen, u.a. den Leiter des transnistrischen Büros einer unabhängigen Denkfabrik. Soldaten der russischen Friedenstruppen durften vermehrt nicht über den Flughafen von Chişinău einreisen und außerdem konfiszierte der moldauische Geheimdienst ein Teil des Gepäcks des russischen Sonderbeauftragten für Transnistrien, Dimitri Rogosin. In diesen Gepäckstücken befanden sich Briefe transnistrischer Bürger an die russische Regierung, in denen sich diese für den Beitritt zur Russischen Föderation aussprachen.⁵¹ Ähnlich wie im Falle Gagausiens verschärft die EU-Assoziierung diesen innenpolitischen Konflikt.

Der Einfluss der Ukraine-Krise auf Transnistrien

Sofort mit der Machtergreifung der Liberalconservativen, Nationalisten und Faschisten in Kiew im Frühjahr 2014 geriet Transnistrien in den Fokus der internationalen Politik. Die Ereignisse in der Ukraine nährten „die Befürchtung, der Konflikt am Dnestr könnte neuerlich eskalieren“, hieß es beispielsweise in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.⁵² Zur Eskalation trug bei, dass in Moldau Anfang Mai 2014 die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt wurden.⁵³ An der Zusammensetzung der Friedenstruppe in der Region änderte sich jedoch trotz der erhitzten Gemüter nichts. An der so genannten ‚Gemischten Kontrollkommission‘ sind weiterhin 402 moldauische, 395 russische und 331 transnistrische Soldaten beteiligt. Darüber hinaus nehmen weiterhin zehn ukrainische Militärbeobachter an den ‚Gemeinsamen Friedensschaffenden Kräften‘ teil.⁵⁴

Gerüchte über das Einsickern transnistrischer KGB-Agenten in die ukrainische Oblast Odessa tauchten immer wieder auf. Beim Massaker in Odessa Anfang Mai 2014 sollten laut Angaben ukrainischer Behörden auch transnistrische Bürger unter den Opfern gewesen sein. Immer wieder sprachen ukrainische Rechtspolitiker von dem Szenario, dass die russische Armee von Transnistrien aus die Ukraine angreifen könnte. Im Juli 2014 begannen die ukrainischen Behörden deswegen mit dem Ausheben eines Grabens an der ukrainisch-transnistrischen Grenze.⁵⁵ Der transnistrische Präsident Jewgeni Schewtschuk dementierte im Oktober erneut die in Kiew hervorgebrachte Behauptung, dass die nicht anerkannte Republik Truppen an der Grenze zusammenziehen würde.⁵⁶

Die eigentlich gegen Russland gerichteten administrativen Maßnahmen der Kiewer Putschregierung im Zuge des Bürgerkrieges im Donbass hatten auch verheerende Auswirkungen auf Transnistrien. Die Einberufung aller ukrainischen männlichen Staatsbürger zum Wehrdienst führte dazu, dass viele Transnistrier mit ukrainischem Pass nicht mehr in die Ukraine reisten. Das Verbot der Einreise in die Ukraine für russische Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren hatte den gleichen Effekt. Lediglich ein Drittel der Bewohner der nicht anerkannten Republik haben den moldauischen Pass. Transnistrische Versicherungsunternehmen übernahmen deswegen für

den Transit in die Ukraine keine Garantien mehr und der Export nach Osten und Süden nahm ab.⁵⁷

Der Vorsitzende des transnistrischen Parlamentes, Michail Burla, wandte sich Mitte März 2014 öffentlichkeitswirksam an die russische Duma mit der Bitte der Aufnahme der abtrünnigen Republik in die Russische Föderation.⁵⁸ Die Regierung von Jewgeni Schewtschuk wiederholte ebenso mehrmals, dass Transnistrien gerne Russland beitreten wolle. Solche Forderungen scheinen jedoch nicht realistisch – allein schon aufgrund der Lage. Zwar wünscht sich die Mehrheit der transnistrischen Bevölkerung den Beitritt zu Russland, jedoch dürften die politisch einflussreichen Oligarchen um den *Sheriff*-Konzerns kein Interesse daran haben, da sie gegen die russischen Oligarchen keine Chancen auf ein wirtschaftliches Überleben hätten. Darüber hinaus würde solch ein Schritt nicht den Realitäten der transnistrischen Wirtschaft entsprechen, die selbst laut Angaben der dortigen Zentralbank im vergangenen Jahr mehr Handel mit Moldau tätigte als mit der Russischen Föderation.⁵⁹

Chişinău zwischen Kooperation und Konfrontation mit Moskau

Seit 2009 regierte in Chişinău eine selbsterklärte „Allianz für eine Europäische Integration“ (AEI) über das osteuropäische Land, die den schon von Woronin eingeschlagenen EU-Kurs forcierte und sich im Gegensatz zu den Kommunisten auch der NATO gegenüber aufgeschlossener zeigte. Eine der drei AEI-Koalitionsparteien, die ‚Liberalen Partei‘ von Mihai Ghimpu, trat sogar offen für einen Beitritt Moldaus zum Nachbarland Rumänien ein – sie ist unionistisch. Im vergangenen Jahr zerlegten sich jedoch die Liberalen und eine Abspaltung trägt seitdem die PEK.⁶⁰

Darüber hinaus versucht die PEK-Koalition diplomatisch zu erreichen, dass die russischen Friedenstruppen aus Transnistrien abgezogen werden, was die Regierung in Moskau als Affront betrachtet.⁶¹ Die russische Regierung unter dem damaligen Premier Wladimir Putin hatte beim Istanbul OSZE-Gipfel 1999 einem Abzug der russischen Truppen aus den international anerkannten Grenzen Moldaus zugestimmt, wenn die anderen OSZE-Staaten den Angepassten KSE-Vertrag (AKSE-Vertrag) unterzeichnen würden. Dieser Abrüstungsvertrag sollte das Informations- und Verifikationsregime des vorangegangenen Abkommens verbessern und nationale und territoriale Obergrenzen für den Rüstungssektor vereinbaren. Von allen KSE-Staaten ratifizierten nur vier GUS-Staaten den Vertrag. Nachdem die westlichen Staaten keine Anstalten machten, das Vertragswerk in gültiges Recht umzuwandeln, setzte die Russische Föderation sowohl das KSE- als auch das AKSE-Vertragswerk im November 2007 aus. Der Impuls, durch Abrüstung im gesamtkontinentalen Kontext auch mehr Entspannung nach Moldau direkt zu bringen, verpuffte.

Die antirussische Politik der PEK führte dazu, dass das Land Opfer russischer Sanktionen geworden ist. Im Sommer 2014 verlängerte *Rosselkhoz nadzor*, die staatliche russische Agentur für Agrargüter, erst wieder die Lebensmittelsanktionen gegen die Republik Moldau. Angeblich entsprächen die moldauischen Lebensmittel nicht den russischen Hygienestandards.⁶² Diese Sanktionen sind ein offensichtlich politisches Druckmittel, welches jedoch im Falle einer Annäherung an die EaU wegfallen würde.

Die Moldauischen Parlamentswahlen 2014

Lange Zeit schien es so, als würde die PCRM die Wahlen zum moldauischen Parlament mit einer absoluten Mehrheit gewinnen können. Das letzte halbe Jahr vor dem Urnengang jedoch nahm die Popularität der Kommunisten beim moldauischen Wahlvolk immer weiter ab. Die Umfragen sehen die Kommunistische Partei zwischen 20 % und 30 % der Stimmen. Dafür rückten vermehrt

Moldau: Regierungen

April 2001 bis September 2009:
Regierung der „Kommunistischen
Partei der Republik Moldau“ (PCRM)

September 2009 bis April 2013:
Regierung der „Allianz für Europä-
ische Integration“ (AEI)

April 2013 bis heute: Regierung der
„Pro-Europäischen Koalition“ (PEK)

Rechts: Moldaus Parlamentsgebäude.

Foto: Wikipedia



neue Formationen, die nun ins Parlament einziehen könnten, ins öffentliche Bewusstsein.

Zum einen wäre da die Partei der Sozialisten der Republik Moldau unter der Führung von Igor Dodon. Dieser sprach sich Anfang November 2014 dafür aus, die EU-Assoziierung zu annullieren und stattdessen den Beitritt zur Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland zu forcieren.⁶³ Wenige Tage später besuchten Dodon und Zinaida Greceanii den russischen Präsidenten Putin.⁶⁴ Greceanii amtierte als die letzte Ministerpräsidentin der Kommunistischen Partei unter dem Präsidenten Woronin in den Jahren 2008 und 2009. Nach dem Besuch von Greceanii und Dodon in Moskau erklärte der Sprecher des gagausischen Autonomieparlaments, dass die gagausische Minderheit nun für die PSRM stimmen würde.⁶⁵

Zuletzt tauchte mit Renato Usatii auch eine neue Figur auf der politischen Bühne Moldaus auf. Bis vor wenigen Monaten war Usatii noch Gewerkschafter in Russland, stammte jedoch ursprünglich aus der Moldauischen SSR. Usatii setzt sich weder für eine EU-Assoziierung noch für den Beitritt zur EaU ein. Sein Zusammenschluss ‚Unsere Partei‘ erreicht in Umfragen seit Juli diesen Jahres 6 bis 10 % der Stimmen. Ein Einzug ins Parlament scheint äußerst wahrscheinlich.

Laut der moldauischen Zeitung ‚Tribuna‘ setzt die offizielle russische Außenpolitik angeblich auf die ‚Partei der Regionen‘ von Formuzal, die ‚Unsere Partei‘ von Usatii sowie die PSRM.⁶⁶ Die PdR erscheint nicht in den Umfragen und die beiden anderen Parteien kommen in diesen auf circa 15 % der Stimmen. Ob das für einen außenpolitischen Schwenk reicht, wird sich zeigen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die Liberale Partei, die von 2010 bis 2013 der AEI angehörte. Für Unruhe sorgt immer wieder die russophobe Parlamentarierin Ana Guţu der Liberalen Partei. IIm Zuge der Ukraine-Krise schlug Guţu vor, alle russischen Sender im Land abzuschalten. Vertreter der OSZE baten daraufhin den moldauischen Rundfunkskoordinierungsrat, von dem Ansinnen Ana Guţus abzusehen, da die Meinungsfreiheit in Moldau nicht gefährdet werden sollte.⁶⁷ Die Liberale Partei wird weiterhin mit über 7 % im Parlament gesehen.

Den bisherigen politischen Mainstream sowie die derzeitige Regierung stellen die ‚Liberaldemokratische Partei Moldaus‘ (PLDM) sowie die nominell sozialdemokratische ‚Demokratische Partei Moldaus‘, deren Spitzenmann ein früherer PCRM-Überläufer ist. Die beiden Parteien erreichten beim vergangenen Urnengang 30 % bzw. 12 % der Stimmen und können derzeit auf 15 bis 18 % sowie 10 bis 12 % der Stimmen hoffen. Auf eine Mehrheit können diese Parteien also nicht setzen. Die außenpolitische Ausrichtung Moldaus nach den Wahlen scheint damit vollkommen offen.

Sechs Wochen vor der Wahl rief der moldauische Geheimdienstchef Mihai Balan außerdem zu erhöhter Vorsicht auf. Die

Russische Föderation würde versuchen, die Wahlen zu beeinflussen und Provokationen inszenieren. Dazu würden auch hunderte von Nichtregierungsorganisationen finanziert und es seien angebliche Provokateure aus dem Ausland nach Moldau unterwegs, einige davon wurden auf dem Flughafen von Chişinău wieder in ihre Heimat zurückgeschickt.⁶⁸ Das Finanzieren von NGOs zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gehört dabei andererseits bereits seit zweieinhalb Jahrzehnten zum Repertoire diverser NATO-Staaten.⁶⁹ Auch die derzeitige moldauische Regierungskoalition hat genau von solch einem Verhalten Deutschlands, Rumäniens und der USA profitiert, wie das orangene Szenario in den Jahren 2009/2010 gezeigt hatte. Doch da die Wirtschaft des Landes weiterhin am Boden liegt, könnte die Eurasische Union für einen Staat mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen Moldaus vielleicht eine bessere Alternative darstellen.⁷⁰ Gleichzeitig wird solch ein Szenario von Pro-EU- und Pro-NATO-Politiker abgelehnt.

Oder doch Spaltung?

Angesichts einer neuen möglichen Dauerkrise im politischen System Moldaus kamen aus Berlin überraschend auch ganz neue Signale zur Lösung der verschiedenen Probleme des Landes. So zitierte die Zeitschrift ‚Internationale Politik‘ der ‚Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik‘ anonyme Diplomaten mit der Aussage, dass „die Aufspaltung Moldaus zwischen Russland und Rumänien wahrscheinlich sei“.⁷¹ Entlang welcher Grenze solch eine Aufspaltung organisiert werden soll, ist unklar.

Gerüchte machten auch bereits die Runde, die Gagausen dies- und jenseits der moldauisch-ukrainischen Grenze könnten sich zu einem Staat zusammenschließen.⁷² Im ukrainischen Budschak, welcher die Republik Moldau vom Schwarzen Meer trennt, leben viele ethnische Bulgaren, Gagausen und Russen. Zur Parlamentswahl in der Ukraine im Oktober 2014 gewannen dort durchweg Direktkandidaten der früheren ‚Partei der Regionen der Ukraine‘. Ob der Budschak mit Gagausen, Taraclija und Transnistrien einen neuen Staat („West-Noworossija“) bilden könnte und wie die ukrainische Zentralregierung darauf reagieren würde, steht in den Sternen.

Die Frage der politischen Orientierung von Ländern im postsozialistischen Raum ist mit aller Dringlichkeit auf die internationale Tagesordnung zurückgekehrt. Die vom Westen maßgeblich zu verantwortende Ukraine-Krise und die EU-Assoziierungsverträge drohen hierbei zum Anstoß für eine deutliche Verschärfung der im Zuge dessen stattfindenden Auseinandersetzungen zu werden – auch und gerade für Moldau.



Lenin-Denkmal am Stadtrand von Chisinau. Bild: David X. Noack

Anmerkungen

- 1 Paul Goble: *Chisinau Says Pro-Moscow Provocations Ahead*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 162, 16.9.2014.
- 2 Valerie Mercer-Blackman/Anna Unigovskaya: *Compliance with IMF Program Indicators and Growth in Transition Economies*, in: Emerging Markets Finance & Trade, Jg. 40 (2004), Nr. 3, S. 55-83 (hier: S. 70).
- 3 Ebenda, S. 59.
- 4 Ebenda, S. 57.
- 5 Ulrich Speck: *Moldaus langer Weg nach Westen*, Internationale Politik 4, Juli/August 2014.
- 6 Marcin Kosienkowski: *Is Internationally Recognised Independence the Goal of Quasi-States? The Case of Transnistria*, in: Natalia Cwicinskaja/Piotr Oleksy (Hgg.): *Moldova: In Search of Its Own Place in Europe*, Bydgoszcz 2013, S. 55-65 (hier: S. 61).
- 7 Ebenda.
- 8 Theodor Tudoroiu: *Communism for the Twenty-first Century: The Moldovan Experiment*, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Jg. 27 (2011), Nr. 2, S. 291-321 (hier: S. 300).
- 9 Hannes Hofbauer: *Niemandsland am Dnjestr*, junge Welt 8.11.2005.
- 10 Tudoroiu: *Communism for the Twenty-first Century: The Moldovan Experiment*, S. 300.
- 11 *Durchbruch nach Osten*, 6.3.2005, www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/51544
- 12 Vladimir Socor: *Ten Reasons Why the Communist Party Won Moldova's Elections Again*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 6, Nr. 66, 7.4.2009.
- 13 „Gespenst der Revolution“ erreicht Moldawien (Zusammenfassung), 7.4.2009, de.ria.ru/post_soviet_space/20090407/120966275.html
- 14 Andreas Menn: *Konstruktion von Nation und Staat in Osteuropa – Transnistrien und die Republik Moldau*, Saarbrücken 2008, S. 33-37.
- 15 *Moldawiens Präsident kritisiert rumänische Beteiligung an jüngsten Unruhen in Chisinau*, 10.4.2009, de.ria.ru/post_soviet_space/20090410/121058620.html
- 16 *Unde l-a fătat mumă-sa pe Grigore Petrenko?*, 7.10.2014, www.timpul.md/articol/unde-l-a-fatat-muma-sa-pe-grigore-petrenko-64440.html
- 17 Über 90 % der Bevölkerung sind christlich-orthodoxen Glaubens.
- 18 Vladimir Socor: *Russia and the Moldovan Communists' Red October (Part One)*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 176, 3.10.2013; sowie: Vladimir Socor: *Russia and the Moldovan Communists' Red October (Part Two)*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 177, 4.10.2013.
- 19 Sevim Dagdelen: *EU-Anschluß*, junge Welt 27.6.2014.
- 20 Iwona Wiśniewska: *Signing an agreement on a free-trade zone within the CIS*, 26.10.2011, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2011-10-26/signing-agreement-a-free-trade-zone-within-cis
- 21 Dumitru Minzarari: *Lukashenka's Moldova Visit Raises Hopes for Temporary Solution to Russia's Agricultural Ban*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 176, 6.10.2014.
- 22 Steven D. Roper: *Regionalism in Moldova: The Case of Transnistria and Gagauzia*, in: Regional & Federal Studies, Jg. 11 (2001), Nr. 3, S. 101-122 (hier: S. 117).
- 23 Budschak bezeichnet die südliche Provinz Südbessarabiens, in welchem vor allem Gagausen und bessarabische Bulgaren leben. Der derzeitige ukrainische Präsident Petro Poroschenko stammt aus dem ukrainischen Teil des Budschaks, der Moldau von einem Zugang zum Schwarzen Meer abschneidet.
- 24 Jeff Chinn/Steven D. Roper: *Territorial autonomy in Gagauzia*, in: Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity, Jg. 26 (1998), Nr. 1, S. 87-101 (hier: S. 95).
- 25 David X. Noack: *Transnistrien im Fokus der Großmächte*, IMI-Analyse 2012/021, 11.10.2012.
- 26 Paul Goble: *Gagauzia's Head Urges Russia, Turkey and Azerbaijan to Be Guarantors of Its Survival*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 61, 2.4.2013.
- 27 Vladimir Socor: *Tinkering with Gagauz Autonomy Can Destabilize Moldova*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 138, 26.7.2013.
- 28 Ebenda.

- 29 Башкан Гагаузии возглавил Партию регионов Молдовы, 18.10.2011, edingagauz.com/content/view/2667/1/
- 30 Kamil Calus: *Gagauzia: growing separatism in Moldova?*, 10.3.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-03-10/gagauzia-growing-separatism-moldova
- 31 Bundestag-Drucksache 18/1745.
- 32 W.S./O.M.: *Moldova and the EU: Mixed feelings*, 9.7.2014, www.economist.com/blogs/easternapproaches/2014/07/moldova-and-eu
- 33 Ebenda.
- 34 *Konfliktberde: Jetzt gärt es in Moldawien*, 3.7.2014, de.ria.ru/zeitung/20140703/268910459.html
- 35 S./M.: *Moldova and the EU: Mixed feelings*.
- 36 *A Bulgarian Problem develops in Moldova*, in: Jamestown Monitor, Jg. 5, Nr. 17, 26.1.1999.
- 37 *Bulgarian County created*, in: Jamestown Monitor, Jg. 5, Nr. 198, 26.1.1999.
- 38 Paul Goble: *Moscow Puts Moldova's Bulgarian Minority into Play Against Chisinau*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 71, 16.4.2013.
- 39 Calus: *Gagauzia: growing separatism in Moldova?*
- 40 Andrey Devyatkov/Marcin Kosienkowski: *Testing Pluralism: Transnistria in the Light of 2011 Presidential Elections*, in: Marcin Kosienkowski (Hg.): *Spotkania polsko-moldawskie*, Lublin 2013, S. 303-328.
- 41 Ebenda, S. 314.
- 42 *Transnistria presents conditions for renewing negotiations with Chisinau*, 2.3.2011, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2011-03-02/transnistria-presents-conditions-renewing-negotiations-chisinau
- 43 Kamil Calus: *Transnistria formalises a pro-Russian turn in foreign policy*, 28.11.2012, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2012-11-28/transnistria-formalises-a-pro-russian-turn-foreign-policy
- 44 Kosienkowski: *Is Internationally Recognised Independence the Goal of Quasi-States? The Case of Transnistria*, S. 60.
- 45 Wojciech Konończuk/Witold Rodkiewicz: *Could Transnistria block Moldova's integration with the EU?*, 23.10.2012, www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2012-10-23/could-transnistria-block-moldovas-integration-eu
- 46 Der KGB (Комитет государственной безопасности, Komitee für Staatssicherheit) ist der Inlands- und Auslandsgeheimdienst Transnistriens.
- 47 Dumitru Minzarari: *Russian Military Developments in Transnistria Worry Moldovan Officials*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 195, 25.10.2012.
- 48 Irina Wolkowa: *Trumpfkarte Transnistrien?*, Neues Deutschland 20.4.2012.
- 49 Agata Wierzbowska-Miazga: *Russia is strengthening its presence in Transnistria*, 13.2.2013, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2013-02-13/russia-strengthening-its-presence-transnistria
- 50 Военный Аэродром в Тирасполе готов к Приему Транспортных Самолетов, 9.11.2013, tiras.ru/voennoe/38796-voennyu-aerodrom-v-tiraspole-gotov-k-priemu-transportnyh-samoletov.html
- 51 Kamil Calus: *Chisinau is taking a tougher stance on Transnistria*, 5.11.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-11-05/chisinau-taking-a-tougher-stance-transnistria
- 52 Karl-Peter Schwarz: *Der nächste Konflikt?*, 4.3.2014, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldau-der-naechste-konflikt-12829969.html
- 53 *Moldau versetzt Truppen in Alarmbereitschaft*, 6.5.2014, www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-moldau
- 54 Bundestag-Drucksache 18/1745.
- 55 *Ukraine hebt Graben entlang Grenze zu Transnistrien aus*, 26.7.2014, de.ria.ru/politics/20140726/269119215.html
- 56 *Transnistrien dementiert: Keine Kriegsvorbereitungen gegen Ukraine*, 7.10.2014, de.ria.ru/politics/20141002/269692875.html
- 57 David X. Noack: *Tor geschlossen, junge Welt* 15.7.2014.
- 58 Friedrich Schmidt: *Russlands nächster Beitrittskandidat*, 18.3.2014, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/transnistrien-russlands-naechster-beitrittskandidat-12851911.html
- 59 Bundestag-Drucksache 18/1745.
- 60 Sevim Dagdelen: *EU-Anschluß, junge Welt* 27.6.2014.
- 61 *Chisinau will Abzug russischer Friedensmacht aus Transnistrien durchsetzen*, 4.8.2014, de.ria.ru/security_and_military/20140804/269195738.html
- 62 Kamil Calus: *Russia's embargo on Moldovan goods is extended*, 23.7.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-07-23/russias-embargo-moldovan-goods-extended
- 63 Игорь ДОДОН: Молдавия должна аннулировать соглашение об ассоциации с ЕС и начать процедуру вступления в Таможенный союз, 02.11.2014, itar-tass.com/opinions/interviews/2299
- 64 Игорь Додон и Зинаида Гречаный встретились с Владимиром Путиным, 6.11.2014, moldovainform.md/ru/news/20141106/23226.html
- 65 Paul Goble: *Putin Puts Gagauz in Play Against Moldova and the West*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 201, 11.11.2014.
- 66 Dumitru Spătaru: *Rusia și România schimbă mizele în Republica Moldova*, 5.7.2014, tribuna.md/2014/07/05/comentariu-rusia-si-romania-schimba-mizele-in-republica-moldova/
- 67 Bundestag-Drucksache 18/1745.
- 68 Paul Goble: *Chisinau Says Pro-Moscow Provocations Ahead*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 162, 16.9.2014.
- 69 *Assoziierung und Spaltung*, 11.7.2014, www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58911
- 70 Der belarussische Konzern *Belaruskali* ist einer der größten Kaliproduzenten der Welt; Kali ist eines der wichtigsten Düngemittel.
- 71 Ulrich Speck: *Moldaus langer Weg nach Westen*, Internationale Politik, Juli/August 2014.
- 72 *Assoziierung und Spaltung*.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist: IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.